

Zentrale Forderungen der Städte an Bundesregierung und Bundestag:

Kommunalfinanzen: Die zentralen Themen unserer Zeit verlangen von den Städten tatkräftiges Handeln. Der Bedarf an Investitionen ist hoch. Die Städte brauchen deshalb einen höheren Anteil am Steueraufkommen, um stärker investieren zu können. Corona hat fiskalisch drastische Folgen. Allein in den Jahren 2021 und 2022 fehlen den Kommunen 15 bis 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Hier muss die neue Bundesregierung schnell handeln und gemeinsam mit den Ländern die Haushalte stabilisieren. Wie im Jahr 2020 müssen auch 2021 und 2022 die Steuermindereinnahmen ausgeglichen werden. Eine Altschuldenlösung gehört nach wie vor auf die Tagesordnung. Und der Grundsatz muss gelten „Wer bestellt, bezahlt“, keine neuen Aufgaben zu Lasten der Städte ohne Ausgleich.

Planungssicherheit für Entwicklung der Innenstädte: Innenstädte sind Orte des urbanen Lebens. Daher muss das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ ausgebaut werden, das bisher einmalig 250 Millionen Euro umfasst. In den nächsten fünf Jahren sollten Fördermittel von jährlich 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Konsequenter für bezahlbares Wohnen sorgen: Die Städte benötigen leichteren Zugriff auf Baugrund. So lassen sich steigende Preise beim Bauland und bei den Mieten verhindern. Der Bund muss seinen Anteil für die öffentliche Wohnraumförderung deutlich erhöhen.

Klimaschutz und Klimaanpassung verstärken: Die Städte setzen verstärkt Schritte für mehr Klimaschutz um. Viele Städte wollen schon vor 2045 klimaneutral werden. Der Bund muss den Rahmen für den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien verbessern und das Gebäudeenergiegesetz an die Klimaziele anpassen. Die Städte brauchen ein tragfähiges Finanzierungsprogramm für den Klimaschutz und die Anpassung an die Klimafolgen.

Mobilität nachhaltig gestalten: Ein stabil finanzierter öffentlicher Nahverkehr ist Herzstück für eine Mobilitätswende in den Städten. Der Bund muss sich noch stärker an den Investitions- und Betriebskosten für Busse und Bahnen beteiligen. Die Städte müssen verkehrslenkende Maßnahmen selbst treffen und eigene Mobilitätsprojekte umsetzen können.

Masterplan für digitale Bildung: Deutschland braucht einen „Masterplan Digitalisierung in der Bildung“. Der Digitalpakt und die während der Pandemie aufgelegten zusätzlichen Programme waren wichtig. Für die Digitalisierung in der Bildung müssen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Schulträgern festgelegt und alle Bildungseinrichtungen einbezogen werden.

Integration absichern: Integration beginnt in Kitas, in Schulen, in Integrationskursen und auf dem Arbeitsmarkt. Der Bund muss sich dauerhaft und angemessen an den Kosten beteiligen. Für Menschen aus Südosteuropa müssen der Zugang zu medizinischer Versorgung verbessert und Schwarzarbeit bekämpft werden.

Moderne, bürgernahe Verwaltung schaffen: Verwaltungsprozesse müssen durchgängig digitalisiert werden. Für einheitliche Bundesangelegenheiten sollte der Bund auch zentrale technische Prozesse und IT zur Verfügung stellen.